

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Selbstbestimmung

4

Die direkte Demokratie steht auf dem Spiel!



Agrar-Initiativen

6

2x Nein zu den extremen «Landwirtschaftsinitiativen»



Begrenzungsinitiative

13

Massenzuwanderung beschränken!



Damit die Schweiz

Schweiz bleibt!



"Das Richteramt in den Tälern darf nicht gekauft und nur von Landleuten ausgeübt werden."

Bundesbrief, 1291

Die SVP in den Schweizer Medien



Das Wort des Parteipräsidenten



Lobgesang auf die Selbstbestimmung

Als Kind habe ich mich immer besonders auf den Nationalfeiertag gefreut. Nicht nur auf die feinen Weggli mit Schweizerfähnchen, sondern auch auf das Höhenfeuer auf dem „Kessel“ der Alp Ueschinen ob Kandersteg, wo wir Kinder unsere Feuerwerke ablassen durften. Anschliessend sassen die Älplerfamilien bei Meringue mit Nidle zusammen und feierten oft bis in die Morgenstunden. Es ist ein kleines Beispiel der vielen Tausend Feste, die anlässlich des Nationalfeiertags in der Schweiz gefeiert werden. Dezentral, bescheiden, ohne Pomp, aber mit viel Herzblut und Stolz auf unser einzigartiges Land. Die Art, wie wir den 1. August feiern, ist nicht zufällig. Sie entspricht dem Selbstverständnis unseres Landes, das ohne eine zentrale politische Macht auskommt. Alle wichtigen Entscheide obliegen den einzelnen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern – der Älpler hat gleich viel Macht wie der studierte Banker.

Diese Selbstbestimmung ist Grundlage der weltweit einmaligen Schweizer Demokratie. Sie hat unser Land über Jahrhunderte vor Krieg bewahrt. Dank Selbstbestimmung ist die Schweiz trotz Rohstoffarmut zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt aufgestiegen. Diese Unabhängigkeit in der globalisierten Welt zu bewahren, braucht Mut und Kraft, denn wo sich Erfolg einstellt, sind auch die Neider nicht weit.

Man muss mittelmässig sein, um beliebt zu sein. Die Schweiz hat sich aber nie am Mittelmass, sondern an der Spitze orientiert. Spitze in vielen Sportarten: Tennis, Langlauf, Skifahren, Leichtathletik, Radfahren, Eishockey oder Schiessen. Spitze in vielen Forschungsbereichen, insbesondere mit der ETH Zürich und Lausanne. Spitze in vielen Wirtschaftsbereichen: in der Maschinenindustrie, der chemischen Industrie, der Medizinaltechnik, der Lebensmittelindustrie oder in den Finanzdienstleistungen. Spitze aber auch mit den Tausenden von Berufsleuten, die als Maurer, Schreiner, Arzthelferin, Elektriker, Landwirt, Verkäuferin oder Pflegefachfrau erstklassige Arbeit verrichten.

Der Unterschied zu anderen Ländern ist nicht, dass wir bessere Menschen sind, es ist die einmalige direkte Demokratie, die Selbstbestimmung. Diese verleiht uns einen Rahmen, in dem Fleiss, Eigeninitiative und Eigenverantwortung belohnt werden. Denken wir daran, wenn wir am 1. August aus voller Brust die Nationalhymne singen – ein Lobgesang auf unsere Selbstbestimmung. Mögen diese Töne bis zur baldigen Abstimmung über unsere Selbstbestimmungsinitiative, am 25. November 2018, zum Erhalt der einmaligen Schweizer Demokratie nachhallen.

Albert Rösti



Weniger Auswahl, steigende Preise!



2 x NEIN

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität

agrar-initiativen-nein.ch

Die Demokratie steht auf dem Spiel!

Bei der Selbstbestimmungsinitiative, die am 25. November zur Abstimmung gelangt, geht es um nicht weniger als die Gretchenfrage: Sollen Volk und Stände in unserem Land auch in Zukunft das letzte Wort haben oder ordnen wir uns internationalen Verträgen und fremden Richtern unter?



*Nationalrat Marcel Dettling,
Bauer (SZ)*

Ja zu einer selbstbestimmten Landwirtschaftspolitik!

Leider müssen wir auf verschiedenen Ebenen immer wieder feststellen, dass wir nicht mehr frei entscheiden können. Wie überall herrscht auch in der Landwirtschaftspolitik die Angst, man könnte gegen irgendeinen der vielen internationalen Verträge verstossen. Oder noch schlimmer, wir müssten unsere eigenständig erarbeiteten Bestimmungen aufgeben. Wir müssen in unserem Land selber bestimmen können, was bei uns auf den Tisch kommt. Wir können unserer Ernährungsproduktion nicht unzählige Regelungen vorgeben, was zu massiv höheren Preisen führt, um dann die gesamte qualitativ hochstehende Eigenproduktion durch internationale Abkommen verelenden zu lassen. Deshalb muss unser Auftrag hier sonnenklar sein: Stärken wir die Schweizer Demokratie. Stärken wir unsere Bundesverfassung. Sie muss das oberste Regelwerk für unser Land sein. Wir Schweizer haben eine gemeinsame Identität, eine gemeinsame Geschichte. Wir haben uns bewusst immer wieder für den selbstständigen Weg entschieden.



*Ständerat Hannes Germann,
Verbandspräsident (SH)*

Unsere direkte Demokratie stärken

Die Schweiz kennt einen umfassenden Grundrechtskatalog (Art. 7 bis 36 Bundesverfassung). Er reicht vom Schutz der Menschenwürde über die Rechtsgleichheit bis hin zu persönlicher Wirtschaftsfreiheit, Eigentums- und Verfahrensgarantien. Auf die weitgehenden politischen Rechte in unserer Bundesverfassung sind wir zu Recht stolz. Unser direkt-demokratisches System hat uns so weit gebracht, wie wir sind, auch wirtschaftlich. Da mutet es reichlich absurd an, wenn ausgerechnet *economiesuisse* den Initianten unterstellt, sie würden mit der Initiative den wirtschaftlichen Wohlstand gefährden. Werfen wir doch einen Blick auf unseren mit Abstand wichtigsten Handelspartner Deutschland, der zugleich die wirtschaftliche Lokomotive für die EU ist. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat kürzlich entschieden, dass es Urteile aus Strassburg nicht umsetzen wird, wenn sie dem deutschen Grundgesetz widersprechen. Voilà. Warum soll für uns also nicht Recht sein, was dem Nachbarn Deutschland billig ist?!



*Ständerat Werner Hösli,
Leiter Alterszentrum (GL)*

Vernünftige Rechtsordnung dank korrigierenden Volksentscheiden

Es ist ein Misstrauensvotum gegenüber dem Schweizervolk, dem man plötzlich nicht mehr zutraut, die Menschenrechte gebührend zu berücksichtigen. Dieses Misstrauen ist aufgrund der humanitären Vergangenheit unseres Landes eine dunkle Stunde unserer Demokratie. Fakt ist doch: Die Rechtsprechung hat sich zu stark vom Leben entfernt. Es ist eine technokratische Welt geworden, in der oft nicht mehr die Logik des Alltags, die Werte des sicheren und freien Zusammenlebens und unsere Bundesverfassung im Mittelpunkt stehen. Das ist nicht allzu schlimm, solange wir unsere Rechtsordnung – ausser dem zwingenden Völkerrecht – selber bestimmen können und nicht zentralistisches Recht internationaler Verbände und Verbände übernehmen müssen. Denn dann kann das Volk – wie schon in der Vergangenheit – jederzeit die nötigen Korrekturen vornehmen. Es ist wichtig, dass dies so bleibt, gerade auch für die Stärke und den Zusammenhalt der Schweiz. Dafür braucht es ein JA zur Selbstbestimmungsinitiative!



*Nationalrätin Magdalena Martullo,
Unternehmerin (GR)*

Unser Wirtschaftsstandort braucht Rechtssicherheit

Parlament und Verbände tun so, als könnten Schweizerinnen und Schweizer keine erfolgreiche Politik gestalten. Das Gegenteil ist der Fall! Das Schweizer Volk hat über Jahrzehnte bewiesen, dass es bessere Rahmenbedingungen schafft als alle internationalen Organisationen und ausländischen Regierungen um uns herum. Die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge geben der Selbstbestimmung recht: Die Schweiz ist führend bezüglich Wohlstand, Arbeitslosigkeit, Altersversorgung, Innovationskraft, Universitäten und Lehrlingswesen... Das haben wir erreicht, dank dem Stimmbürger, der gute Rahmenbedingungen schuf, sich für Menschenrechte einsetzte und auch offen ist, vorteilhafte internationale Verträge abzuschliessen. Die Selbstbestimmungsinitiative stellt sicher, dass internationale Verträge mit der Verfassung im Einklang stehen. Die Schweizer Demokratie garantiert Rechtssicherheit und die Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsstandort. Die Selbstbestimmungsinitiative lässt dem Stimmbürger das letzte Wort. Deshalb JA zur Selbstbestimmung!



*Nationalrätin Sandra Sollberger,
Unternehmerin (BL)*

Die Selbstbestimmung sichert die Mitsprache der KMU

Unsere direkte Demokratie und Selbstbestimmung sind der beste Garant für einen gesunden Einfluss des Gewerbes auf die Politik. Je weiter weg von den Bürgern – irgendwo in Brüssel, New York oder Strassburg – entschieden wird, umso mehr verliert auch das Gewerbe seine Stimme in der Politik. Denn in diesen fernen, internationalen Schaltzentralen geben primär die Regierungen und die Verwaltung sowie grosse Interessenorganisationen den Ton an. Für die KMU bleibt da kein Gestaltungsspielraum. Dann dürfen wir uns auch nicht über Regulierungsflut und Bürokratie wundern. Dann dürfen wir uns nicht fragen, wieso die Kleinen immer mehr unter die Räder kommen, immer mehr Juristerei und administrativer Aufwand die unternehmerische und private Freiheit zermürben.

Die Schweiz ist sehr gut gefahren mit ihrer pragmatischen und KMU-freundlichen direkten Demokratie. Sie hat uns Wohlstand, Sicherheit und Freiheit beschert. Daran müssen wir festhalten!



*Nationalrätin Barbara Steinemann,
Juristin (ZH)*

Mündige Stimmbürger stehen hinter den Menschenrechten

Anfang Jahres twitterte „Schutzfaktor M“, ein Verein, der sich als Hüterin der Grundrechte in der Schweiz bezeichnet: „Die No-Billag ist aus Sicht der Menschenrechte klar abzulehnen. Denn für eine funktionierende Demokratie braucht es eine vielfältige Medienlandschaft.“ Das Beispiel zeigt, wie billig Menschenrechte für Propaganda missbraucht werden. Der eigentliche Kern der Menschenrechte ist heute in der gesamten westlichen Welt völlig unbestritten. In unserer Bundesverfassung sind sie als Grundrechte verbrieft. Damit deckt das Schweizer Recht die Inhalte der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ab und Schweizer Richter setzen sie durch. Grundlage unseres politischen Systems ist die Überzeugung, dass wir Schweizer Stimmbürger fähig sind, uns die rechtlichen Spielregeln selber zu geben. Folglich dürfen wir die Rechtssätze ab und zu etwas anders interpretieren als Richter.

Das heisst noch lange nicht, dass wir die Menschenrechte infrage stellen. Darum sage ich aus Überzeugung JA zur Selbstbestimmungsinitiative!



Der Konsument hat es selbst im Griff, wenn er tadellose Produkte hinsichtlich artgerechter Haltung und gutem Umweltschutz kaufen will.

2x Nein zu den extremen «Landwirtschaftsinitiativen»

Grundsätzlich habe ich Sympathien für diese Initiativen, denn wer kann schon gegen gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel sein? Wer ist schon gegen faire Arbeitsbedingungen? Ich glaube, das ist doch das Ziel, dem wir in der Politik und auch in der Schweizer Lebensmittelproduktion nachzuleben versuchen. Es ist in vielen Gesetzen, Verfassungsartikeln und Bestimmungen heute schon festgelegt, sei es im Bereich Ökologie, sei es beim Tierwohl, sei es im Bereich Wasser oder Gewässerschutz und im Arbeitsrecht.

von Nationalrat und Bauer Marcel Dettling (SZ)

Das Volk will eine schweizerische Nahrungsmittelproduktion, der Bürger steht zur Schweizer Landwirtschaft.

Deshalb wurde im vergangenen Jahr der Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative des Bauernverbandes mit rekordhohen 78,7 % angenommen.

Bereits darüber abgestimmt

Zwei Punkte wurden im Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative des Bauernverbandes inhaltlich, aber mit anderen Worten von der Fair-Food-Initiative übernommen. Zum einen schafft der Bund in Buchstabe d die Voraussetzungen für „grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen“. Dieser Buchstabe stützt sich auf die Fair-Food-Initiative. In Buchstabe e des Gegenvorschlags zur Ernährungssicherheits-Initiative schafft der Bund zudem die Voraussetzungen für „einen

ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln“. Das ist auch Bestandteil der Fair-Food-Initiative. Diese Inhalte wurden aufgenommen und vom Volk bereits gutgeheissen. Mit anderen Worten, die Kernanliegen der Fair-Food-Initiative sind bereits in der Verfassung verankert und somit nicht noch einmal in die Verfassung zu schreiben.

« Wer aber liefert dem Bund die Informationen, ob ein Produkt entsprechend den Anforderungen gemäss Schweizer Standards hergestellt wurde? »

Noch mehr Bürokratie und Kontrollen

Laut den Initianten kann der Bund an der Grenze mit Kontingenten und Zöllen fair hergestellte Produkte bevorzugen. Wer aber liefert dem Bund die Informationen, ob ein Produkt gemäss Schweizer Standards hergestellt wurde? Bei den verarbeiteten Produkten wird das Ganze dann noch einmal komplizierter. Da müssten wir eine Vollzugsbürokratie quasi weltweit exportieren, um das alles sicher-

Die Delegierten der SVP Schweiz werden die Parole zu diesen beiden Initiativen an der Delegiertenversammlung vom 25. August fassen.

zustellen. Die Schweiz wäre dann Weltpolizist für Fragen der Lebensmittelqualität. Ein immenser Kont-

rollapparat müsste da aufgebaut werden mit entsprechender Kostenfolge für den Konsumenten.

Auf Schweizer Produkte setzen

Aber der Konsument hat es selbst im Griff, wenn er tadellose Produkte hinsichtlich artgerechter Haltung und gutem Umweltschutz kaufen will. Setzen wir ganz einfach auf Schweizer Produkte. Mit dem Kauf von in der Schweiz hergestellten Lebensmitteln dienen wir dem Umwelt-

schutzgedanken am meisten. Und da wir weltweit eines der strengsten, wenn nicht sogar das strengste Tierschutzgesetz haben, kann der Konsument mit dem Kauf von Schweizer Produkten das Tierwohl aktiv unterstützen. Somit brauchen wir nicht noch zusätzliche Verfassungsbestimmungen. Aus all diesen Gründen sind wir gut beraten, wenn wir diese beiden Initiativen ablehnen.

von Nationalrat
Marcel Dettling, Bauer,
Oberiberg (SZ)



Der Bürger steht zur Schweizer Landwirtschaft.



Immer häufiger kommt es zu EU-Entscheiden, die negativ für die Schweiz sind.

Arbeitslosengeld für Grenzgänger: NEIN zum EU-Diktat

Die EU entscheidet, die Schweiz gehorcht widerspruchslos? Am 21. Juni 2018 beschlossen die Sozialminister der EU, die Regeln für die Zahlung von Arbeitslosengeldern an Grenzgänger zu ändern. In Zukunft werden die Leistungen nicht mehr vom Wohnsitzstaat des Grenzgängers ausbezahlt, sondern vom letzten Staat, in dem der Arbeitslose arbeitete. Die neue Verordnung muss noch vom Europäischen Parlament gebilligt werden, aber die Akzeptanz scheint nur eine Formsache zu sein.

von Nationalrat Marco Chiesa (TI)

Würde die neue Regelung in der Schweiz eingeführt, müssten wir per sofort die volle finanzielle Verantwortung für jeden in der Schweiz beschäftigten

Grenzgänger übernehmen, der seine Arbeit verliert. Wegen der Personenfreizügigkeit haben wir mittlerweile nicht weniger als 320'000 Grenzgänger. Die neue Regel geht weit über das

hinaus, was derzeit vorgesehen ist.

Heute muss die Schweizer Arbeitslosenversicherung nämlich nur während der ersten drei bis fünf Monate die Arbeitslosenentschädigung ausrichten.

« **Wegen der Personenfreizügigkeit haben wir mittlerweile nicht weniger als 320'000 Grenzgänger. »**

ten. Die Höhe der Leistungen richtet sich nach den Ansätzen des Wohn-

sitzstaates. Nach Ablauf der Frist ist der Wohnsitzstaat verantwortlich.

Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe

Nach Schätzungen des Staatssekretariats für Migration (SEM) würde uns dieser Paradigmenwechsel mehrere Hundert Millionen Franken jährlich kosten. Einige Experten veranschlagen die Mehrkosten sogar bei nahe einer Milliarde Franken.

Der Bundesrat hat bestätigt, dass die von der EU angestrebte Änderung zu einer Revision des Freizügigkeitsabkommens führen würde. Der Bundesrat weist aber auch darauf hin, dass die Schweiz nicht gezwungen ist, die neue Regelung zu übernehmen. Eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens bzw. seiner Anhänge unterliegt, je nach Ausmass der Änderung, der Zustimmung des Bundesrates oder des Parlaments auf nationaler Ebene.

Rückgratlose Regierung, eingeschüchtertes Parlament

Die Antwort der Schweizer Regierung mag in den Augen eines politisch Unerfahrenen beruhigend klingen. Aber wer unseren Bundesrat und unser Parlament kennt, wird sich von den Aussagen des Bundesrats nicht beruhigen lassen. Wir mussten schon allzu oft zusehen, wie Bundesrat und



Brüssel befiehlt - die Schweiz gehorcht

sie von Volk und Ständen befürwortet und in der Bundesverfassung verlangt wird, vom Parlament aber bis heute nicht umgesetzt wurde. Unsere Behörden und Gesetzgeber sind sehr schnell, wenn es darum geht, die Regeln und Gesetze der Europäischen Union nachzuvollziehen. Das kann nicht überraschen. Wir alle wissen, dass es hierzulande viele Personen und Organisationen gibt, die hart daran arbeiten, dass das Völkerrecht automatisch in unsere Gesetzgebung

ge des Arbeitslosengeldes für Grenzgänger schnell und entschlossen zu handeln. Es ist geplant, über die Kantone an Bern eine deutliche und klare Botschaft zu übermitteln. Entsprechende Vorstösse und Initiativen, die die Beibehaltung der geltenden Regeln und die Verteidigung unserer Interessen verlangen, wurden bereits an die verschiedenen kantonalen Parlamente weitergeleitet.

Wir wollen keinem vom Europäischen Parlament beschlossenen Befehl Folge leisten, der uns viel kostet, aber nichts bringt. Wir wollen die Schweiz schützen und verteidigen.

Nur so können wir die Schweiz als unabhängige, selbstbestimmte und souveräne Nation erhalten.

«**Würde die neue Regelung in der Schweiz eingeführt, müssten wir per sofort die volle finanzielle Verantwortung für jeden in der Schweiz beschäftigten Grenzgänger übernehmen, der seine Arbeit verliert.**»

Parlament reagieren, wenn die EU Druck macht. Und genauso oft mussten wir auch schon beobachten, wie ohne Skrupel die Interessen der EU über die Interessen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger gestellt werden. Als Tessiner denkt man unweigerlich an den strikten Inländervorrang und die Steuerung der Zuwanderung, wie

aufgenommen wird. Die gleichen Kreise würden dem Schweizer Stimmvolk am liebsten einen Maulkorb verpassen, damit es nicht immer wieder mit «falschen» Entscheiden in die Politik der Elite dazwischenfunkt.

Die SVP handelt

Die SVP hat beschlossen, bei der Fra-

*von Nationalrat
Marco Chiesa,
Leiter Alterszentrum,
Lugano (TI)*



Kennen Sie eine andere Marke, die so viel Sicherheit ohne Aufpreis bietet?

Alles inklusive

Symmetrical 4x4

Boxermotor

EyeSight Fahrerassistenz-System¹

Advanced Safety Package²

Lineartronic



New: Subaru XV 4x4 ab Fr. 25'750.-.

Abgebildetes Modell: Subaru XV 2.0i AWD Luxury, Lineartronic, 5-türig, 156 PS, Energieeffizienz-Kategorie G, CO₂ 159 g/km (37 g/km*), Verbrauch gesamt 7,0 l/100 km, Fr. 36'300.- (inkl. Metallic-Farbe). Subaru XV 1.6i AWD Advantage, Lineartronic, 5-türig, 114 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO₂ 145 g/km (34 g/km*), Verbrauch gesamt 6,4 l/100 km, Fr. 25'750.- (Farbe Pure Red, Cool Grey Khaki oder Sunshine Orange). Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 133 g/km. *CO₂-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder Strombereitstellung. ¹Adaptiver Tempomat, Spurhalteassistent mit aktivem Lenkeingriff, Spurleitassistent, Notbremsassistent, Kollisionsschutz-/Anfahrassistent. ²Totwinkelwarner, Rückfahr-Querverkehrwarner, Fernlichtassistent, automatisch abblendender Innenrückspiegel; in den Modellen Swiss Plus und Luxury.



SUBARU

Confidence in Motion

Missbräuche bekämpfen, damit dem Mittelstand mehr zum Leben bleibt

Der Schweiz geht es gut. Deshalb können wir uns auch ein gut ausgebautes Sozialsystem leisten, das schwachen Personen helfen soll. Doch je besser unsere Sozialwerke ausgebaut und je grosszügiger die Leistungen sind, desto stärker sind auch die Missbrauchsanreize. Dennoch wollen die Linken Kontrollen verhindern, die dafür sorgen sollen, dass Sozialleistungen nicht missbräuchlich bezogen werden.

Als Unternehmerin habe ich schon unzählige Male erlebt, dass Mitarbeiter grundlos kündigen, auf unbestimmte Zeit von der Arbeitslosenversicherung leben und sich gute Weiterbildungen finanzieren lassen. Immer wieder kommt es vor, dass Stellensuchende mit übertriebenen Forderungen förmlich eine Nichteinstellung provozieren. Konsequenzen hat das für sie keine, denn auf dem Papier haben sie ja die vom RAV gestellten Vorgaben erfüllt. Und aus Datenschutzgründen darf man den RAV nicht einmal melden, wenn offensichtlich ist, dass eine Person nicht daran interessiert ist zu arbeiten.

« Je besser unsere Sozialwerke ausgebaut und je grosszügiger die Leistungen sind, desto stärker sind auch die Missbrauchsanreize. »

Endstation Invalidenversicherung

Es stimmt mich auch nachdenklich, dass seit Jahren immer mehr junge Menschen und immer mehr psychisch Erkrankte eine IV-Rente beziehen. Das ist aus zwei Gründen bedenklich. Erstens lässt sich eine psychische Krankheit noch viel schwieriger objektiv nachweisen als ein körperliches Gebrechen. Zweitens zeigt eine aktuelle Unter-



Wer staatliche Leistungen bezieht, muss auch kontrolliert werden können.

suchung des Bundesamts für Sozialversicherungen, dass bei psychischen Erkrankungen eine viel geringere Chance auf eine Wiedereingliederung in die Arbeitswelt besteht als bei körperlichen Behinderungen. Junge, psychisch erkrankte IV-Bezüger haben also ein grosses Risiko bis ins hohe Alter in der IV hängen zu bleiben. Wenn es aber immer mehr junge IV-Rentner gibt, die zudem immer länger eine IV-Rente beziehen, aufgrund von Beschwerden, die sich auch vortäuschen lassen, explodieren die Kosten.

Kontrollmöglichkeiten sind ein Muss

Als Chefin ist es eine meiner grössten Herausforderungen, das richtige Verhältnis zu finden von Vertrauen in meine Mitarbeiter und Kontrolle über sie. Wenn ich nur vertrauen würde, bräuchte es mich nicht. Würde ich meinen Mitarbei-

tern immer über die Schulter schauen, wäre das der Produktivität aber auch nicht zuträglich. Auch in unserem Sozialsystem müssen wir hier die richtige Balance finden.

Wer Sozialleistungen bezieht, muss nicht Tag und Nacht überwacht werden. Er muss sich aber gefallen lassen, wie es für jeden Arbeitnehmer selbstverständlich ist, wenn er ab und an daraufhin kontrolliert wird, ob die Voraussetzungen für den Leistungsbezug wirklich erfüllt werden.

Wenn Missbräuche in unserem Sozialstaat nicht aufgedeckt und geahndet werden können, werden die Kosten unkontrolliert steigen.

Den Preis dafür wird, wie immer, der Mittelstand zu bezahlen haben. Um das zu verhindern, ist das **Gesetz über Sozialdetektive**, das im November an die Urne kommt, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. **Die Delegierten der SVP Schweiz haben deshalb an der letzten DV am 23. Juni einstimmig die JA-Parole beschlossen zum neuen Gesetz.**

von Nationalrätin
Diana Gutjahr,
Unternehmerin,
Amriswil (TG)



GOAL GLOSSAR

Klarheit

Klarheit

abgeleitet von klar; <lat.> clarus –
«klar, glänzend, hell»

Damit eine Kampagne erfolgreich sein kann, muss sie eine klare Aussage haben. Denn nur so lassen sich die Wählerinnen und Wähler überzeugen, motivieren und gewinnen. Und nur so winkt am Ende ein «glänzender» Abschluss.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



Kanalreinigung | Containerwartung | Mobiltoilettenservice

ASA-Service AG

Abwasser- und Umwelttechnik



www.asa-service.ch Service-Nr. 0848 310 200

Unterstützen Sie die Begrenzungs-Initiative mit mindestens Fr. 50.00* oder 10 Unterschriften

*IBAN-Nr. CH36 0900 0000 3157 2732 0 Für massvolle Zuwanderung, Flaach

Wir schenken dafür Ihrer Firma nach Wahl:

Farblaser-Drucker A4 **Mono-Drucker A4** **Farbkjet-Multifunktion A3/A4**
Brother HL-8250dn Brother HL-5100dn MFC-J6720dw

mit 5 Jahren VorOrt-Garantie, MPS und fixen Kopien-Preisen: **15 Rp. farbig**, **2,5 Rp. mono** exkl. MWST. alles inbegriffen. Gilt nur für Firmen mit Netzwerk.

Für Intensiv-Nutzer empfehlen wir andere Geräte, A4 ab Fr. 529.00 (Eintausch-Prämie 200.00 bis 400.00), Profi-Systeme A3 mit Sortieren, Heften, binden, Mailbox-Funktion, Broschüren-Druck, Broschüren-Funktion, Gross-Raum-Kassetten usw. zu traumhaften Konditionen und Click-Preisen mit VorOrt-Service ganze Schweiz.



Ihr Volumen und Ihre Bedürfnisse führen zu einem äusserst attraktiven Angebot. WIR-Anteil möglich.

OCoTex AG - 041 799 50 00 - info@ocotex.ch

DFSK

Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche



CHF 14'950.-

DFSK an der Utilexpo in Genf vom 11. bis 13. Oktober 2018

C35 Kasten

*Preis exkl. 7.7% MWST, UPE

WWW.DFSK.SWISS

DFSK SWISS FINISH

Jetzt abonnieren

unter

www.schweizerzeit.ch

Schweizerzeit

Damit das gesagt wird, was nicht ungesagt bleiben darf

Massenzuwanderung beschränken!

Die freie Zuwanderung geht ungehindert weiter, trotz angenommener Masseneinwanderungsinitiative. Die Bundesparlamentarier verschliessen weiterhin die Augen vor den negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit. Unsere Bürgerinnen und Bürger erkennen die Probleme, die die Personenfreizügigkeit der Schweiz bringt aber viel klarer und sehen weiterhin Handlungsbedarf. Die Begrenzungsinitiative der SVP nimmt dieses Anliegen auf.

Mit einem noch nie dagewesenen Verfassungsbruch hat sich das Parlament geweigert, die von Volk und Ständen am 9. Februar 2014 angenommene SVP-Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Statt dass wir die Zuwanderung in unser Land wieder mit Kontingenten, Höchstzahlen und einem Inländervorrang eigenständig steuern können, setzten die angeblichen «Volksvertreter» keine einzige dieser Forderungen um. Nicht nur das, sie verkehrten das Anliegen sogar ins Gegenteil: Der «Inländervorrang light» bei der Stellenbewerbung ist nichts anderes als ein wirtschaftsfeindliches Bürokratiemonster eines Arbeitslosenvorrangs und zwar auch für alle Bewerber aus dem EU-Raum.

Massenzuwanderung kostet uns viel
Seit dem Jahr 2007 sind netto über 800'000 Personen in die Schweiz eingewandert und die Zuwanderung geht immer weiter. Die Folgen sind ein immer stärkerer Druck auf inländische Arbeitnehmer, die Zubetonierung unserer schönen Landschaft, die Überlastung der Infrastrukturen von Strasse, Schiene, Gesundheits- und Bildungsinstitutionen. Kurz: Die Masseneinwanderung kostet uns immer mehr Lebensqualität.

Massenzuwanderung weiterhin drängendes Problem der Bevölkerung
Das wollte die SVP im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht weiter hinnehmen. Sie hat darum Unterschriften für eine Begren-



Seit dem Jahr 2007 sind netto über 800'000 Personen in die Schweiz eingewandert und die Zuwanderung geht immer weiter.

zungsinitiative gesammelt und die erforderlichen Unterschriften in Rekordzahl zusammengebracht. Das zeigt, wie sehr die andauernde Masseneinwanderung in die Schweiz unsere Mitbürger nach wie vor beschäftigt. Sehr viele sorgen sich um ihren Arbeitsplatz, verdrängen doch im Arbeitsmarkt zuneh-

es innert Jahresfrist nicht zu einer Einigung kommt, muss die Personenfreizügigkeit gekündigt werden. Die Prophezeiung, dann werde die EU im Gegenzug «die bilateralen Verträge kündigen», ist reine Schwarzmalerei. Denn erstens geht es lediglich um sechs Verträge der Bilateralen I und nicht um die über hundert mit der EU ausgehandelten bilateralen Verträge. Und zweitens profitiert die EU dermassen von den Bilateralen I, dass sie nicht einen ihrer besten Kunden verlieren oder die Nord-Süd-Verkehrsachsen behindert haben will.

« Die Prophezeiung, dann werde die EU im Gegenzug «die bilateralen Verträge kündigen», ist reine Schwarzmalerei. »

mend jüngere, billigere ausländische Arbeitskräfte speziell die über Fünfzigjährigen.

Begrenzungsinitiative schafft klare Verhältnisse

Die Begrenzungsinitiative der SVP verlangt, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU neu ausgehandelt wird – genau so, wie dies das Abkommen bei Überforderung eines Vertragspartners vorsieht. Falls

von Nationalrat
Thomas Matter,
Unternehmer,
Meilen (ZH)



14 Tour des Cantons

SVP hört zu – packt an!

Im Hinblick auf die nationalen Wahlen 2019 besucht Albert Rösti mit der Tour des Cantons sämtliche Kantone der Schweiz. An den „SVP bi dä Lüt“ vor Ort sind nebst der Parteispitze sowohl kantonale wie auch kommunale Mandatsträger vertreten. Packen Sie die Gelegenheit und suchen Sie das Gespräch mit Nationalräten, Kantons- und Regierungsräten oder Gemeindepräsidenten. Die SVP ist präsent bei den Leuten und hört zu. Besuchen Sie uns an einem der nächsten Anlässe, zum Beispiel am 22. August in den Kantonen Bern und Luzern oder am 4. September im Kanton Obwalden.

Bleiben Sie informiert über die Tour des Cantons via www.svp.ch/tour-des-cantons/

8. Juni 2018, St.Gallen SG, Marktplatz



26. Juni 2018, Urnasch AR, Schwägalp



5. Juli 2018, Köniz BE, Blauäcker beim Café Scherz



3. Juli 2018, Zug ZG, Bundesplatz

4. Juli 2018, Aadorf TG, beim Gemeindehaus

Die **nächsten** Termine

Bern, 22. August,
10.00 bis 12.00 Uhr

Luzern, 22. August,
16.00 bis 18.00 Uhr

Obwalden, 4. September,
15.00 bis 17.00 Uhr

Zürich, 5. September,
10.00 bis 12.00 Uhr

Zürich, 5. September,
15.30 bis 17.30 Uhr



Albert Rösti freut sich darauf, Sie anlässlich der Tour des Cantons kennenzulernen! Kommen Sie vorbei!

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an : gs@svp.ch

INSERATE



Am Sonnenhang Wintersberg in Ebnet-Kappel, hoch über dem Thurtal, liegt der Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit von Nationalrat Toni Brunner.

Im Haus der Freiheit ist immer viel los:

- **Mittwoch 1. August**, ab 11 Uhr Nationalfeiertag mit Mittagessen und Festansprache NR Toni Brunner
- Montag bis Donnerstag 6. – 9. August: **Bike-Tage mit NR Adrian Amstutz**. Entdecken Sie das Toggenburg!
- Donnerstag 4., Freitag 5. und Samstag 6. Oktober, jeweils 19.30 Uhr: exkl. Galavorstellung **Nina Burri**, Schlangenfrau inkl. Nachtessen
- Jeden Freitag/ Samstag im November/Dezember: **Fondue- & Raclette-Stübli im Alphöttli** bei offenem Chemineefeuer
- Auf Ihr Wunschdatum: **Sektions- & Vereinsausflüge** mit persönlichem Empfang von NR Toni Brunner

Aktuell: Zum Übernachten schöne Zimmer im Hause, Wochenweise Vermietung Ferienhaus im Toggenburg

Detaillierte Informationen zu allen Anlässen, Präsenzzeiten von Toni Brunner & Reservationen über: www.hausderfreiheit.ch

Wir freuen uns über Euren Besuch!
Toni Brunner und das ganze Sonnen-Team

Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit,
Wintersberg, 9642 Ebnet-Kappel
www.hausderfreiheit.ch
071 993 10 01 / info@hausderfreiheit.ch



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament, Wikipedia, Wikimedia Commons, www.maxpixel.net, www.1zoom.me, SVP Schweiz



Zum 1. August:

Die selbstbestimmte Verfassung ist unser höchstes Gut



Als Kind habe ich mich immer besonders auf den Nationalfeiertag gefreut. Nicht nur auf die feinen Weggli mit Schweizerfähnchen, sondern auch auf das Höhenfeuer auf der Alp Ueschinen ob Kandersteg, wo wir Kinder unsere Feuerwerke ablassen durften. Es ist ein kleines Beispiel der vielen Tausend Feste zum Nationalfeiertag in der Schweiz. Dezentral, bescheiden, ohne Pomp aber mit viel Herzblut und Stolz auf unser einzigartiges Land. Die Art, wie wir den 1. August feiern, ist nicht zufällig. Sie entspricht dem Selbstverständnis unseres Landes ohne zentrale politische Macht. Ein Land, wo der Schwache gleich viel politischen Einfluss besitzt wie der Starke. Dies drückt schon die Präambel der Bundesverfassung aus:

«...gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen...»

Alle wichtigen Entscheide obliegen den einzelnen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern – der Älpler hat gleich viel Macht wie der studierte Manager. Diese Selbstbestimmung ist Grundlage der weltweit einmaligen Schweizer Demokratie. Dank Selbstbestimmung ist die Schweiz trotz Rohstoffarmut zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt aufgestiegen. Dies in der globalisierten Welt zu bewahren, braucht Mut und Kraft, denn wo sich Erfolg einstellt, sind auch die Neider nicht weit. Denken wir daran, wenn wir am 1. August aus voller Brust die Nationalhymne singen: Unsere selbstbestimmte Verfassung ist die oberste Rechtsquelle unseres Landes. Die Volksentscheide haben uns Wohlstand, Freiheit und Frieden gebracht. Bewahren wir dies zum langfristigen Erhalt der einmaligen Schweizer Demokratie.

Ich wünsche Ihnen eine wunderschöne 1. Augustfeier.

Albert Rösti

Albert Rösti
Parteipräsident SVP Schweiz

